

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Postzugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hermann
Schriftleitung und Verstandsstelle: Stuttgart, Rüdesstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühr
für die sechzigseitige Kolonie 6 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Schüsse von Griesbach

Die zwölf Schüsse, die den Reichstagsabgeordneten Erzberger in Griesbach (Baden) niederkreisten, erzeugten ein Echo von großer Empörung. Diese Kugeln der beiden reaktionären Meuchelmörder galten auch weniger dem Menschen Erzberger als der Sache, die er in mutiger Weise vertreten, sie galten der Demokratie und der Republik. Und weil dies so war, deshalb erhob sich das gesamte arbeitende Volk und das freiheitliche Bürgertum, um gemeinsam in mächtvollen Demonstrationen gegen die schamlose Heze der Reaktion zu protestieren, um der Sippe der Deutschnationalen ein Menetekel entgegenzuhalten. Die Demonstrationen zeigten einen glänzenden Verlauf. Ein freier, frischer Wind weht wieder durch Deutschlands Gau und es scheint, als sollte wieder eine bessere und schönere Periode ihren Anfang nehmen, die vor allem ihre Krönung in der politischen Einigkeit der Arbeiterklasse findet.

Es war eine niederrückende Atmosphäre, die die Luft der letzten Monate erfüllte: Die Reaktion lebte nirgends ungebunden, als im angeblich freien Deutschland! In Bayern stand die ganze Macht des Staates hinter den Anhängern des alten Systems; hier konnten sie sich in Ruhe neiderlassen und die Pläne ausscheiden, die zur Wiedereinführung der Monarchie mit allem Druck und Dran führen sollten; hier wurde die arbeitende Klasse mit der ganzen Brutalität des Belagerungsstandes niedergehalten; hier ließen die Fäden der militärischen Geheimorganisationen wie „Orgel“ usw. zusammen. Und es will uns scheinen, daß noch gewaltige Kämpfe in und außerhalb der Parlamente ausgetragen werden müssen, um diesen Brandherd der Reaktion gründlich zum Erlöschen zu bringen. Regimentsfeiern waren im ganzen Reiche an der Tagesordnung, militärische Kontrollversammlungen nach altem Muster wurden überall veranstaltet. Der Hohenzoller Graf Friedrich konnte Parade von Offizieren-mitten in Berlin in voller Öffentlichkeit abhalten. Frontkämpftage und riesige monarchistische Demonstrationen auf dem Kyffhäuser, bei Lannenbergfesten, im Berliner Stadion usw. waren an der Tagesordnung. Mehr und mehr nahm die Reichswehr, dieses Heer der Republik, aktiv in vollem Bewußtsein an diesen Kundgebungen teil. „Heil dir im Siegerkranz“, und andere widerliche patriotische Gesänge wurden wieder demonstrativ hinausgegrölt.

So marschierte die Reaktion mit allem militärischen Gepräge auf. Und während derartig ganz öffentlich für die Monarchie und für neue Kriege Stimmung gemacht wurde, verrichtete die deut-sch-nationale Mörderzentrale ihr Werk. Durch eine systematisch und skrupellos betriebene Brechheze wurde die Stimmung für Meuchelmorde vorbereitet. Mehr als dreihundert Kämpfer der deutschen Revolution sind seit 1918 von der reaktionären Mörderbande umgebracht worden. Fast keiner dieser Mörder wurde geführt. Die Polizei findet keine Mörder, reaktionäre Staatsanwälte klagen sie nicht an und falls sie angeklagt sind, werden sie von reaktionären Gerichten freigesprochen. Während dem wurden mehr als 1000 Jahre-Zuchthaus über Proletarier verhängt, die in Mitteldeutschland gefangen hatten. Die Proletarier in Gefängnissen und Zuchthäusern lernten diese Einrichtungen in ihrer ganzen Grausamkeit kennen, während Meuchelmörder von rechts, wie z. B. der Mörder Eisners, Graf Arco-Wolken sich im „Gefängnis“ sauwoll fühlen. Von diesen Burschen werden, nach Mitteilung H. v. Gerlachs in der Welt am Montag, Ansichtskarten in Bayern öffentlich verkauft. Und ein wüstes Heftblatt, die „Rote Hand“, hat nach derselben Quelle im vorigen Jahre ein Bild des Mörders gebracht mit der Unterschrift: Graf Anton Arco-Wolken, der den Grundstein zur Wiederaufrichtung Bayerns legte!

Während diese Vorbereitungen der Reaktion in aller Offenheit und mit ausgeprägtem Zynismus vor sich gingen, erlebten wir die schlimmsten Phasen des proletarischen Bruderkampfes. Das gelbe Geschmeiß machte sich wiederum in einigen Betrieben breit, mit voller Absicht begünstigt von den Unternehmen. Eine lähmende lethargie schien jeden Kampfesmut innerhalb der Arbeiterschaft erüttet zu haben. Alle reaktionären Vorstöße wurden geduldig ertragen. Endlich ist dieser lähmende und geistige Baun gebrochen! Wieder sah man Massen demonstrieren, rote und republikanische Fahnen im Winde flattern! Wieder wurden Gelöbnisse in Gestalt von Resolutionen von tiefen Proletarienmassen zum Klassenkampf und zur Verteidigung der republikanischen Freiheit abgelegt. Die großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten unterstützen die Demonstrationen mit vollem Bewußtsein und die Gewerkschaftsführer haben in Verhandlungen mit der Regierung keine Zweifel darüber gelassen, daß die ganze Macht der Gewerkschaft eingesetzt werden soll, um die Freiheiten der Republik zu erhalten bzw. zu erweitern. Das sind Kriegserklärungen an die Reaktion! Nun gilt es, nicht in den Ansängen sicher zu bleiben, den frischen Wind eines belebenden Kampfesmutes nicht ungenutzt verschließen zu lassen. Die Tat muß folgen!

Die Toten müssen sich krisallisieren in folgendem: Rücksichtslose Reinigung der Justiz, der Bürokratie und Verwaltung von reaktionären Elementen; Beseitigung der Machtstellung einer monarchistischen Offiziers-Samarilla im Heer; Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben. Durchgreifende Verfolgung und Unschädlichmachung von reaktionären Elementen, die das öffentliche Leben vergiften. Dies nur einige Punkte. Im übrigen müssen wir als Gewerkschaftler die Forderungen restlos unterstützen, die von den beiden sozialdemokratischen Parteien aufgestellt und in den Protestversammlungen zum Beschluss erhoben wurden.

Doch darüber sollte bei jedem Arbeiter volle Klarheit bestehen: Der Kampf, der jetzt geführt werden soll, ist schwer und sein

Ausgang ist noch keineswegs vorauszusehen. Die Gegenseite arbeitet mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, sie sind in der Lage, alles in den Kampf zu führen, da sie die Besitzer der Produktionsmittel und des Geldes sind. Schon kündigt die Deutsche Tageszeitung die Hungersnot der Städte durch einen Lieferstreik der Landwirte an. Wenn derartige Drohungen auch nicht so tragisch genommen zu werden brauchen, so sollten wir eins bedenken, daß das plante Land zu einem großen Prozentsatz monarchistisch und reaktionär gesonnen ist. Ein Kampf zwischen Stadt und Land würde unabsehbare Konsequenzen in sich tragen. Doch noch ist es nicht so weit. Über wir wollen es ganz ruhig aussprechen: Eine weitergehende Abschlachtung seiner Interessenvertreter kann sich das arbeitende Volk unter keinen Umständen gefallen lassen. Und sollte die Reaktion sich weiter solcher Mittel bedienen, dann wird sich das Proletariat die Art der Abwehr überlegen müssen. Wenn dann die Parole ausgegeben werden sollte: Für jeden Vertreter des arbeitenden Volkes zehn aus den Reihen der Reaktion, dann ist es nicht die Schild der Arbeiter, daß die Kampfmethode einen derartigen Charakter angenommen haben.

Der von den beiden Mordbuben gezogene Revolver hat noch eine gute Wirkung gehabt: eine wesentliche Annäherung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Im „Vorwärts“ und in der „Freiheit“ finden wir Darlegungen und Formulierungen, die fast wörtlich übereinstimmen. Freuen wir uns dessen!

Alle Aussicht auf Erfolg im Kampf gegen die Reaktion wird solange eine Chimäre bleiben, als nicht der Bruderkampf zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien ein Ende nimmt. In Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung hatten wir geschrieben, daß die Unterschiede der beiden Parteien merklich klein geworden seien. Diese Ansicht wurde von einigen Kollegen mit Kopfschütteln gelesen. Doch kaum lief diese Nummer der M.-Z. durch die Maschine, da wurde in Berlin und anderswo durch die Tat bewiesen, daß die von uns gekühlte Ansicht richtig war. Man lese die Zeitungsartikel der einzelnen Parteiblätter oder verfolge die Reden von führenden Männern anlässlich der Demonstrationen und man wird Mühe haben festzustellen, wo der Unabhängige anfängt und der S.P.D.-Mann aufhört. Es wäre eine geschickliche Tat von gigantischer Größe, wenn ein Mann von Bedeutung aufstünde und die letzten dünnen Bretterplanken niederrisse, die die beiden Parteien noch von einander trennen. Wo ist der Mann? Wer wagt es, das erste entscheidende Wort zu sprechen?

Das erste Kampfziel ist die Sicherung und Erweiterung der Arbeiterrechte innerhalb der Republik und damit verbunden die gründliche Ausmündung des reaktionären Unglücksfalltes. Diese Forderung wird verteidigt und vertreten bis weit in die Reihen der Kommunisten. Das ist ein schweres Werk, doch es kann gelingen, wenn die zehn Millionen Proletarier, die jetzt einig waren, geeinigt bleiben und ihre ganze Kraft auf dieses zunächst zu erreichende Ziel konzentrieren. Alles andere sind Zukunftssagen und deren Verwirklichung ergibt sich von selbst, wenn obiges Ziel restlos als erste Stufe erobert ist. Über vorerst: weg mit dem Parteidader zwischen S.P.D. und U.G.P.D.

Folgender Aufruf wurde vom A.D.G.V. bekanntgegeben:

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Seit Monaten steht — täglich fühner — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Herrschaft und die dadurch entstandenen politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien geschlossenen Vereinbarung hinderten, die notwendige Sicherung für den Bestand der demokratischen Republik also fehlte, glaubten die Reaktionäre, ihre Zeit sei gekommen.

Die Republik und ihre Einrichtungen sind Gegenstand wahnsinniger Beschimpfungen und schwerster Angriffe. Verschaffungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Bedrohungen der republikanischen Demokratie aus, ein gewisser Teil des nationalistischen Preises verzerrt verstaut und offen zum östlichen Krieg auf.

Diesen hochverräterischen Bestrebungen und Handlungen gegenüber zeigen Organe der Justiz eine auffallende und ausgesprochene partei-liche Milde. Symptomatisch für die innere politische Situation Deutschlands sind die politischen Morden, zuletzt die an Gareis und Erzberger.

Die Vertreter der zentralistischen Spikerorganisationen rütteten am 29. August a. den Reichskanzler die nündliche Aufsiedlung, die diesem schamlosen Treiben der Nationalen nachdrücklich entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutz der Republik zu ergreifen. Darauf hat die Presse berichtet, ebenso über die Auffassung des Reichskanzlers, der abschließende Befreiung der eingetretenen Zustände bekämpft versprach und die Wirkung der organisierten Arbeiterschaft begrüßt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Mit dem geschilderten Schritt einer Vertreter kann es nicht sein. Beweisen haben. Auch die totkräftige Leitung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur solange und soweit niederkriegen können, als sie untersetzt wird von der

überzeugten Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung

des Reiches. Schaut euch darum zusammen zum Schutz der republikanischen Demokratie, vergeigt, was euch sonst trennen mag, lasst allen Bruderzwist und vereint euch mit allen, die guten Willens sind, die Widersacher der Republik zurückzudringen, damit die Reaktion erschreckt, daß sie einem geschlossenen Block des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht.

Gemeinschaftsweise haben sich die Vertreterungen der politischen Organisationen der arbeitenden Klasse, die Parteileitungen der S.P.D. und der U.G.P.D. zu gemeinsamer Abwehr zusammengefunden. In unsere Mitglieder richten sich an die Aufforderung, sich an den Protest zu stellen, zu denen diese aufrufen, vollzählig zu beteiligen.

Es gilt die Sicherstellung der Existenz der Republik!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

P. Hermann

Die große Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise

Es ist nicht das Geld, das ein Land bereichert, sondern der Geist, in dem der Geist, der die Arbeit organisiert... Der beste Staat ist der, der die geringste Anzahl von unglücklichen Menschen enthält. (Voltaire 1694-1778)

Der Sozialismus wird den Kapitalismus überwinden, weil die sozialistische Produktionsform eine höhere, vollkommenere Organisation der Arbeit darstellt und der heutige herrschende Produktionsform überlegen sein wird. Die Überlegenheit wird bestehen in der Ausgestaltung des Unternehmergebens, der Beseitigung aller unproduktiven Arbeit, in der höchsten Ausnutzung der maschinellen Technik und in der Einführung der Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft. Diese Maßnahmen werden die Klasse der erzeugten Güter gewaltig steigern und den Anteil jedes Einzelnen bedeutend erhöhen.

Schon die Ausschaltung des Unternehmergebens allein wird den Wohlstand der jetzt benachteiligten Volksmassen wesentlich vermehren. Dieser Prozeß stellt heute riesige Summen dar, das zeigen die Reingewinne und Dividendenlisten der Aktiengesellschaften. Ob wissen die Verwaltungen nicht, wie sie die großen Überhöpfungen verhindern und verhindern sollen und die früher nur in Amerika übliche Aktienverwässerung — Ausgabe neuer Aktien lediglich zur Aufzehrung der kolossal überflüssigen — wird auch in Deutschland immer mehr angewandt. Riesige Summen fließen dadurch alljährlich in die Taschen von Leuten, die an der Herstellung der Güter auch nicht mit einer Handarbeit beteiligt sind. Diese Parasiten gönnen es in der neuen Gesellschaft nicht.

Gleich große Vorteile werden der sozialistischen Gesellschaft durch die Beseitigung der unproduktiven Arbeit erwachsen. Millionen Menschen radern sich heute körperlich und geistig ab, schaffen aber keine oder zu geringe Werte. Viel Zeit wird schon dadurch zum Teil vergebaut, daß ganz billige Waren hergestellt werden, um der geringen Kauflust der großen Massen entgegenzuhalten. Der Wert dieser Gegenstände ist meist nur gering, oft stellen sie lediglich Handelsartikel dar. Es sei hier nur auf die miserablen Webstoffe und die daraus gefertigten Waren und auf die Schuhe, die zum Teil aus Pappe hergestellt sind, hingewiesen; auf das billige Spielzeug, das der Arbeiter seinen Kindern leistet, das sehr oft schon beim Einpaden im Laden des Verkäufers entzweit geht und selten den Geschäftstag überlebt. Unter diesen Schundwaren selber die armste Bevölkerung ganz ungeheuer. Sie kennt auch das Unwirtschaftliche der billigen, schlechten Waren, deßhalb hat der Wohlstand das Sprichwort geprägt: „Vom Westen ist der billige Kauf.“ Wenn die Geldknappheit gerade die Arbeiter immer wieder, den Blunder zu kaufen und sich damit zu betrogen, daß die Arbeiter, die diese Schundwaren herstellen, sind im Nachteil, weil der Vorrat dafür immer noch wesentlich niedriger ist als für vollwertige Produkte.

Bei Arbeitskraft vergebaut die kapitalistische Gesellschaft schon beim Vertrieb der Rohstoffe und der erzeugten Waren. Bevor sie ihnen zwei erfüllen, wandern sie aus einer Hand in die andere, überall muss dabei Arbeit geleistet, müssen Transportkosten bezahlt, Profite gemacht werden, denn amsonst schart keine Herne. Gleich nach Beginn des Krieges, wo Rohstoffe und Waren knapp wurden, wurde der Zwischenhandel zum gemeingefährlichen Bürger aus, dem man mit Gesetzesbestimmungen beizutreten suchte, freilich ohne großen Erfolg. Unentbehrliche Reichtümer sind von den Schiebern und Buchern „erworben“ worden. Eine neue Klasse von Reichen, die Kriegsgewinner, ist entstanden, die von der Parole „Nie wieder Krieg“ natürlich nichts wissen will und eine ständige Gefahr für den Frieden bedeutet, denn noch regiert das Geld die Welt. Der Weizen dieser Leute blüht auch heute noch und wird immer wieder blühen, denn die durch den Krieg hergerufenen Warenknappheit wird nicht bald behoben werden können.

Welche Unsummen von Rohstoffen und Arbeitskraft die kapitalistische Gesellschaft aber geradezu vergebaut, dafür ein Beispiel: Die Wissensbäume befinden sich in einer Rotslage. Besonders die Forscher, die mit Schädel und mit Hirn hungrig pflegen, können ihre Geistesprodukte nicht brüten lassen, weil die Buchstaben zu teuer sind; der Fortschritt der Menschheit leidet darunter ganz sicher. Hunderttausende von Staatsbürgern haben keine Wohnung und es können auch nicht genug Häuser gebaut werden, weil die Bauten zu teuer sind. Hunderttausende haben keine Brotkörner, Millionen nur Butterkörner in den Zimmern; dabei werden alljährlich große Wälder zu Zeitungspapier bearbeitet und damit die öffentliche Meinung im kapitalistischen Sinne beeinflußt oder Stellungnahmen darauf gedruckt. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Massen und somit auch keine Klassenkämpfe geben, für politische Brunnendeglingt fehlt also jede Voraussetzung; auch hat niemand mehr nötig, durch marktgerechte Ankündigungen Warenhäuser anzuladen.

Unendlich viel Arbeitskräfte verschlingt heute ferner der ungeheure Verwaltungskörper mit seinen riesigen Beamtenzahlen, die immer komplizierter werden, Steuerberechnung und -einzahlung — bei den Arbeitern und Angestellten ist das überhaupt nicht mehr möglich, daher das Wohnsteuergesetz — die ganze Zivil- und Strafrechtspflege, der gesamte Sicherheitsdienst, das ganze staatliche und private Sicherungsvesen und dergleichen mehr. Die Hunderttausende von Staatsbürgern haben keine Wohnung und es können auch nicht genug Häuser gebaut werden, weil die Bauten zu teuer sind. Hunderttausende haben keine Brotkörner, Millionen nur Butterkörner in den Zimmern; dabei werden alljährlich große Wälder zu Zeitungspapier bearbeitet und damit die öffentliche Meinung im kapitalistischen Sinne beeinflußt oder Stellungnahmen darauf gedruckt. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Massen und somit auch keine Klassenkämpfe geben, für politische Brunnendeglingt fehlt also jede Voraussetzung; auch hat niemand mehr nötig, durch marktgerechte Ankündigungen Warenhäuser anzuladen.

Um Arbeitskräfte verschlingt heute ferner der ungeheure Verwaltungskörper mit seinen riesigen Beamtenzahlen, die immer komplizierter werden, Steuerberechnung und -einzahlung — bei den Arbeitern und Angestellten ist das überhaupt nicht mehr möglich, daher das Wohnsteuergesetz — die ganze Zivil- und Strafrechtspflege, der gesamte Sicherheitsdienst, das ganze staatliche und private Sicherungsvesen und dergleichen mehr. Die Hunderttausende von Staatsbürgern haben keine Wohnung und es können auch nicht genug Häuser gebaut werden, weil die Bauten zu teuer sind. Hunderttausende haben keine Brotkörner, Millionen nur Butterkörner in den Zimmern; dabei werden alljährlich große Wälder zu Zeitungspapier bearbeitet und damit die öffentliche Meinung im kapitalistischen Sinne beeinflußt oder Stellungnahmen darauf gedruckt. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Massen und somit auch keine Klassenkämpfe geben, für politische Brunnendeglingt fehlt also jede Voraussetzung; auch hat niemand mehr nötig, durch marktgerechte Ankündigungen Warenhäuser anzuladen.

Durch Spannung aller arbeitsfähigen Mitglieder zu gesellschaftlich nutzbringender Arbeit und unter höchster Ausnutzung und hoher Verwaltungsmenge der maschinellen Technik wird es der sozialistischen Gesellschaft gelingen, die Gütererzeugung gewaltig zu steigern — ohne die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu erhöhen — und die Menschen werden zufriedener und glücklicher sein. Die Lebenshaltung, wie sie heute die Arbeitshabenden führen, wird für alle Mitglieder der Gesellschaft der normale Zustand sein und wer sich durch außergewöhnliche geistige oder körperliche Leistungen hervorheben wird,

baburc, aber nur dadurch allein, einen höheren Anteil an den erzeugten Gütern sichern. Was der große französische Gelehrte vor zehn Jahren im Göttinger geschaut, der Sozialismus wird es verhindern. Er wird die Arbeit organisieren, das Land bereichern und der Staat wird auch nicht einen ummäglichen Menschen mehr entheiligen.

Aber auch die Moral wird fortwährend auf einen höheren Standpunkt emporsteigen, denn niemand kann seinen Unterhalt mehr durch Raub, Diebstahl, Betrug oder den Verkauf seines Arbeitserwerbs erwerben, oder den Vertrag seiner Arbeit verhindern außer zu allgemeinwirksamen Strafen. Was Jahrtausende hindurch die Androhung aller himmlischen und erblichen Strafen, Höfe, Gefeuere, Gestengnis, Buchstaben und selbst der Folgen nicht vermocht haben, die allgemeine Arbeitspflicht, die Unmöglichkeit, sich dem Arbeitsertrag anderer anzueignen zu können, und das Recht auf Arbeit werden es bewirken. Das Worden im großen (Völkermarkt) wird verschwinden wie das Morden und Verkaufen des einzelnen. Der Sozialismus wird die Menschen nicht nur aus den wirtschaftlichen und moralischen Noten befreien, sondern auch aus den politischen. Was die Sozialdemokratie auf diesem Gebiet ersteht, wird erfüllt werden: Völkerverbrüderung und Völkerfriede.

Demagogische Konfusion

Aus den Beiträgen der kommunistischen Presse kann man ein richtiges Bild der Konfusion, welche in diesen Kreisen herrscht, meist deshalb nicht gewinnen, weil der Inhalt dieser Beiträge und die in ihnen vertretenen Ansichten vielfach sehr wenig mit dem übereinstimmen, was wirklich in kommunistischen Kreisen vor sich geht und getrieben wird. Deshalb ist es notwendig, ob und zu einmal zu verfolgen, wie die kommunistische Agitation von denjenigen kommunistischen Arbeiterführern betrieben wird, welche die Aufgabe haben, die kommunistische Lehre unmittelbar in den Massen zu verbreiten. Man kann hierbei die erstaunlichsten Selbstlügen machen.

In Nr. 81 vom 17. August 1921 des Volksblattes des Organs der Kommunistischen Partei "Die Tribune" ist ein ausführlicher Bericht über die Gewerkschaftskonferenz der R.A.P.D. für den Bezirk Halle-Metropol enthalten. Nach diesem Bericht soll der Vertreter der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale Max Müller Aussagen gemacht haben, die als lehrhaft bezeichnet werden. Er sagte hier nach u. a. folgendes:

"Für den Betriebsrat ist es nicht höchste Erforderung, daß er lange theoretische Bedeutungen zu geben vermag; er muß vor allem in der Lage sein, dem Arbeitssiegler in allen kleinen Noten zu helfen und zu raten."

Diese Feststellung, was der kommunistische Betriebsrat tun muß, ist neu. Die freien Gewerkschaften haben bisher durch die Zusammensetzung der Betriebsräte, durch Betriebsräte, durch Betriebszuteilungen, durch Anstellung von Betriebsräteselbstern und durch Verfügungstellung aller weiteren Mittel mit großer Energie und auch mit den entsprechenden Erfolgen versucht, die Betriebsräte in den Stand zu setzen, ihren Tätigkeiten gerecht zu werden. Gerade deshalb sind die freien Gewerkschaften von den Kommunisten als alleinige Aufgabe der Betriebsräte jetzt die Bereitstellung der Weltrevolution und die Durchführung aller Aktionen betrachtet haben. Die Bezeichnungen der freien Gewerkschaften wurden als Unterpolytik bezeichnet, man ging sowohl, das ganze Betriebsrätegesetz als durchaus überflüssig in den Detekt zu verordnen. Jetzt wird die Tätigkeit, die von den Kommunisten die ganze Zeit über fast ausschließlich betrieben worden ist und die letzten Endes in nichts weiter als "Raubfeldkampf" bestand, selbst als theoretische Bedeutung bezeichnet, während man das, was die freien Gewerkschaften von Anfang an getan haben und was von den Kommunisten mit aller Energie bekämpft wurde, nämlich die Betriebsräte in den Stand zu setzen, ihren Arbeitkollegen in allen kleinen Noten zu helfen, als die Aufgabe bezeichnet, die vor allem der Betriebsrat erfüllen muß. Da man unter "kleinen Noten" wohl nicht die Weltrevolution versteht, kann man annehmen, daß die Kommunisten eingeschenkt lernen, die vor den freien Gewerkschaften getroffenen Maßnahmen für die alten richtiger zu halten. Man könnte sich dieser Schlußfolgerung nur nicht die Schlussfolgerung nahe legen, daß es ja in Halle den Kommunisten gelungen ist, für die Gemeinde- und Stadtbauarbeiter und die Metallarbeiter lokale Absplitterungen einzunehmen und für diese besondere örtliche Organisationen zu gründen. Die Mitglieder dieser Organisationen, welche den Heilslehrer der Kommunisten gefolgt sind, wollen nunmehr selbstverständlich positive Laien sehen, und da die Kommunisten nicht vorhanden sind, ihre Thesen in die Tat umzusetzen, verjagen diese selbst jetzt darauf, ihren Mitgliedern das, was ihnen bisher unsachlich geprägt wurde, als falsch hinzustellen, dogegen die bisher fast bekannten Maßnahmen der freien Gewerkschaften zur intensiven Realisierung zu empfehlen.

Über: "Wie der Herr, so der Schüler." Es hinterbart es in der deutschen Sektion der I. Internationale und deren Ortsgruppen zu sehr, ebenso groß ist auch die Unkenntlichkeit in der Zentrale der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau jetzt. Denn der zweite Referent des Abends, der Kommunist Melcher von der Reichsgewerkschaftszentrale, berichtet hierüber folgendes:

Der Bericht des proletarischen Gewerkschaftsrates beweist, daß in diesem Lande befürwortet kommunistische Linie vorhanden ist, sondern daß anarchistische und syndikalistische Elemente sehr stark vertreten waren. Durch Rückgraben der russischen Gewerkschaft und mit Unterstützung der revolutionären Gewerkschaften der Russlandkinder war das gesuchte Ziel einer neuen Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, möglichlich doch erreicht worden.

Obgleich sich in den Reihen der Kommunisten jetzt auf dem Weltkrieg noch starke anarchistische und syndikalistische Elemente befinden, werden die von der Reichsgewerkschaftszentrale eingesetzten Leute für die Gewerkschaftsarbeit fast einflussreich genommen. Sozialist kann es eine Lösung: "Gebaut der Gewerkschaft um jeden Preis!" für uns nicht geben, aber wir können uns heute von den breiten Schichten der Arbeiterschaft, die noch in den zentralen Gewerkschaften organisiert ist, nicht lösen. Die dort Organisierten sind für uns immer noch wichtiger als die Unorganisierten.

Heute haben die Kommunisten dies durch ihre mit großer Einstellung vorgenommenen Maßnahmen den Nutzen erzielt, als wenn sie allein wüssten, wie die Arbeiterschaft aus dem jungen Eisen herumkommen könnte. Sieht er jedoch nun eher, daß überhaupt noch keine bestimmte kommunistische Linie vorhanden ist, sondern dass unter den Kommunisten noch anarchistische und syndikalistische Elemente sehr stark vertreten waren. Durch Rückgraben der russischen Gewerkschaft und mit Unterstützung der revolutionären Gewerkschaften der Russlandkinder war das gesuchte Ziel einer neuen Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, möglichlich doch erreicht worden. Doch können die Kommunisten jetzt im Prinzip zu keinem, doch diese Linie eingeschlagen wird, da sich beide anarchistische und syndikalistische Gewerkschaften noch wie nur in ihren Reihen befinden. Zum Schluß erläutert den Reichen das Gewerkschaft, daß man heute die Spaltung der Gewerkschaften noch nicht will, welche Begleitung der jüngsten offiziellen Gewerkschaften der R.A.P.D. noch sehr entscheidend, besonders nämlich, da R.A.P.D. es als ihre Prinzipien betrachtet, die Einheit der Gewerkschaften unter allen Umständen zu erhalten. Heute will man das noch.

Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß mit dieser Auskunft die neue zielbewußte Arbeit in der Gewerkschaft beginnen solle. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die kommunistische Zentrale der Kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale, welche Melcher und Melcher nicht sehr wohl verstanden, die jüngsten Gewerkschaften zu sich rufen und durch sie noch als zielbewußte Gewerkschaft bezeichneten, doch man erwartete darüber hinaus, welche durch die Art der Zeit bestimmt, sich von den kommunistischen Gewerkschaften trennen lassen, in dieser Weise aufzuklären. G. Körpel

Vollswirtschaftliche Begriffe

Gold- und Papiermarkt

In letzter Zeit hört man oft den Unterschied zwischen Goldmark und Papiermarkt, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Erörterung des Friedensvertrags von Versailles. Unter Goldmark versteht man nicht Goldgeld oder eine bestimmte Menge von Goldstücken, sondern fremde Währung (zum Beispiel Dollars, Pfunde Sterling oder französische Franken). Und zwar bezeichnet man mit Goldmark diejenige Höhe des Betrages, der heute erforderlich ist, um für ihn dieselbe Menge Dollars, Pfunde Sterling, Franken zu erhalten, die man für denselben Betrag vor dem Kriege bekommen hat. Das heißt unter Goldmark versteht man den Wert der Mark in part, im Verhältnis zu seinem jetzigen Wert in fremden Währungen. Durch die Forderung von Goldmark sichert sich der Verfaßter Friedensvertrag eine Unabhängigkeit von der Veränderung der deutschen Währung. Je mehr sie heraus- oder heruntergeht, müssen wir mehr oder weniger Papiermark bezahlen, denn darunter versteht man die Berechnung der Mark zum gerade geltenden Kurs. Am 15. Juni 1914 kostete ein Pfund Sterling in Hamburg 20,50 Mark; am 15. August 1921 kostete dieselbe Geldsumme in Frankfurt 312 Mark. Deshalb hat die deutsche Volkswirtschaft das größte Interesse an der Gestaltung des Papiermark und deshalb muß die Arbeiterschaft alle staatlichen und privaten Maßnahmen dulden, die zur weiteren Erfüllung unserer Mark naturnotwendig führen.

Der Grundlohn in der Krankenversicherung

Die Leistungen der Krankenassen werden nach einem Grundlohn bemessen. Dieser wurde im Mai 1920 nach vielem Hin und Her im Vertragstag in der Reichskasse auf 50 % pro Tag festgesetzt. Eine Staffelung nach Gehaltsstufen festsetzt die Beiträge und diesen entsprechend die Leistungen fest. Richtiger und den Versicherten gegenüber gerechter wäre es, wenn die Berechnung des Grundlohns nach dem mittleren Arbeitsverdienst erfolgte (§ 180 Abs. 4 R.V.D.). Diese Art der Berechnung ist die den Verhältnissen am meisten entsprechende. Freilich erfordert diese Art der Berechnung verschiedene Umständlichkeiten, die sich bei der Berechnung des Grundlohns nach Durchschnitten erübrigen. Diese Umständlichkeiten sind aber nicht unüberwindbar. Die Berechnung des Grundlohns nach mindestens 50 % pro Tag voraus. Die Höchstgrenze des Grundlohns, wie er jetzt besteht, entspricht nur einem Stundenverdienst von 3,75 %. Dieser Satz ist in den Großstädten und Industriebezirken längst überholt.

Selbstredend würde bei einer erheblichen Heraufsetzung des Grundlohns auch eine weitere stärkere Belastung der Versicherten durch Beiträge erfolgen, aber jeder Einsichtige wird sich auch hiermit abfinden, wenn er weiß, daß ihm auf der anderen Seite ein Äquivalent in Form eines Krankengeldes geboten wird, welches durch seine Höhe in etwa als Ausgleich für entgangenen Arbeitsverdienst in Frage käme. Es kann nicht bestritten werden, daß besonders bei längeren Krankheiten der Betrag des jetzt zur Auszahlung gelangenden Krankengeldes nicht ausreicht, selbst dann nicht, wenn statt der Wocheneistung (50 Prozent des Grundlohns) die Monatseistung (1/4 des Grundlohns als Mehrleistung) zur Berechnung und Auszahlung gelangt. Dazu müßte die Zubilligung des Krankengeldes für Sonn- und Feiertage aus einer Regelung in eine Regelzeitung umgedeutet werden. Das gleiche trifft zu bei Krankheiten, welche durch Verkehrsunfall hervorruhen. Auch der Punkt "Hausgeld" bildet ein reizvolles Kapitel in der Krankenversicherung. Dieses Hausgeld, welches bei Krankenhaus- und Heilverbahren zur Auszahlung kommt, beträgt, selbst unter Zubilligung der im Gesetz vorgesehenen Krankenleistung (50 Prozent des Grundlohns), also im günstigsten Falle 105 % pro Woche. Wie eine Familie unter den heutigen Verhältnissen mit dieser Summe auskommen soll, ist wohl schwer zu sagen.

Zum wird in Kostentreihen hergehoben, daß bei hohen Leistungen die Kostentreihen, mit andern Worten die Arbeitsfähigkeit erheblich steigen würde. Dieser Einswand ist wohl nichtlichstig.

Ein Beispiel: Angenommen, der Grundlohn beträgt wirklich 50 % pro Arbeitsstag, so würde, selbst unter Berücksichtigung der höchstzulässigen Krankenleistung (1/4 des Grundlohns), für den Versicherten im Falle der Erwerbsunfähigkeit und unter Annahme, daß er den entsprechenden Zeittagessatz angebietet, also einen Tagesverdienst von 50 % und darüber hat, bei der Krankenprämie der Kostentreihen ein Zehnfaches von 12,50 % und mehr für den Tag herauskommen.

Dieses Maß würde auch darin nicht ausgesiegt werden, wenn das Krankengeld für die Sonntage mitgezahlt würde. Zudem können die Kosten bei Schwächung der Mehrleistung (15 Prozent des Grundlohns) eine Erhöhung der Leistung etwa in dem Sinne vornehmen, daß der Ledigen 50 Prozent, den Verheirateten je nach der Kopfzahl bis zu 25 Prozent des Grundlohns zugebilligt werden. Auf diese Weise würde dem etwa defizitären Anteil zur Simulation in den Kreisen der Zahlgeräte begegnet werden. Dazu wird befürchtet, daß bei einer weiteren Heraufsetzung der Grundlohnshöchstgrenze die Arztschaft versuchen würde, die zu erwartenden Mehrleistungen sowohl als möglich wieder für sich in Anspruch zu nehmen. Dieser läuft vor der Hand zu weitgehender Befürchtung wäre darum zu begegnen, wenn das Verhältnis zwischen Russen und Deutschen gleichmäßig geregelt würde in dem Sinne, wie es im Dezember vergangenen Jahres vom "Allgemeinen deutschen Krankenversicherung" auf seiner Tagung in Berlin gefordert wurde.

Dann wird noch darum verwiesen, daß die Beiträge zur Krankenversicherung in den Kreisen der Unternehmer wie der Versicherungen sowie von Mißkommunion herverordneten hält und durchsetzt werden müsse, bei einer weiteren Erhöhung der Beiträge einen Entzugsansturm zu entgegen. Ich glaube, wenn den Versicherten genügend Motivation wäre, daß den Reichen, die aus einer weiteren Belastung durch erhöhte Beiträge für sie aufzehen, auf der anderen Seite auch entsprechende Portale für sie herstellen, kein Einsichtiger sich der Erhöhung des Grundlohns und einer dementsprechenden Beitragsleistung gegenüber ablehnend verhalten wird, hat er doch dann die Gelegenheit, an den Tagen der durch Krankheit hervorgerufenen Not sonst zu erholen, daß er sich mit die Zeiten vor dem Auftreten gleichzeitig weiß. Und die Beitragslast der Unternehmer entlastet, so ist es die beste Garantie ja gewohnt, die sozialen Kosten bei der Versicherung der Beitragslast mit in Rechnung zu stellen. Den Versicherten werden in Kürze durch das vom Reichstag beschließbare Gesetz über die verschiedenen Leistungen der Renten- und Altersversicherung neue Ausgaben entstehen, aber trotzdem noch keinen einziger Arbeitgeber treibt im Rechte alles dagegenjetzt werden, für die Berechnung des Grundlohns in der Krankenversicherung einen Satz anzugeben, der der Lohnstufe G und H (15 000 % und weiter) angemessen liegt.

Herrnspazieren wäre noch, daß man diese Materie im Reichstag zur Entscheidung führen möge. Wenn ein neuer Grundlohn steht, die menschliche Seele zu leichterem Übel lädt. Dafür müßten sich unsere Vertreter im sozialen Bereich mit der Menschen mit aller Macht einsetzen. Wenn sie das tun könnten, so werden sie schon wieder abgewählt werden (Schlaflosigkeit), und wenn sie das tun, sofern der Bürgerlichen Majorität steht, sozialpolitisch fortgeschritten mit Rücksicht und Fahnen soziale Abwehrungen werden muss.

Dann noch ein Wort an die Kollegen, die in den einzelnen Betrieben als leise Streitigung von Arbeitnehmern aufgetretenkommen

oder im Verein mit den Vorsitzenden der einzelnen Kassen auf Grund der Reichsversicherungsordnung einen festen Kassenverband gründen, um entweder auf die erste oder die letztere Art etwas Einheitliches in bezug auf die Leistungen zu schaffen. Tritt heute ein Vorsitzender aus einem Betrieb mit eigener Krankenkasse aus, so findet er im andern Betrieb mit derselben Kassenart meistens auch wieder andere Leistungen. Zweiter Vereinigung soll sein, wesentlich für den Bereich eines Versicherungsamts die Wunschkapazität der Leistungen zu bestimmen und ein Programm von Mindestleistungen zu schaffen. Besser gestaltete Kassen könnten selbstdrein in ihren Leistungen über das Mindestmaß hinausgehen, soweit es ihre Leistungsfähigkeit zuläßt. Die Kammleinungen der Reichsversicherungsordnung bieten derartige gutfundamentierte Kassen noch ein großes Betätigungsgebiet.

Ebbinghausen

Der erweiterte Beirat

trat am 26. und 27. August 1921 zu einer Sitzung zusammen, um einige wichtige Fragen zu erörtern, die für die Gesamtorganisation von großer Bedeutung sind.

Vertreten waren alle Bezirke durch ihre Beiratsmitglieder und Bezirksleiter (mit Ausnahme der Bezirksleiter des Stuttgarter Bezirks, die entwöhnt waren); außerdem waren außerdem die Mitglieder des Vorstandes sowie die Genossen Einstein, Graf und Weimann, vom Ausschuß Lang und Baumann, von der M.B.B. P. Hecke und P. Ufermann.

Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Bildungsarbeiten unseres Verbandes. 2. Der Verbandstag in Zena. 3. Der Eisenwirtschaftsbund. 4. Verlustkostenrechnen.

Die Mann vom Hauptvorstand gibt zunächst einen Überblick über die Sitzung des Reichsbeirates der Betriebsräte (siehe Bericht in Nr. 26 der R.A.P.D.) und über eine jenseits Tagung anschließende Sitzung des engeren Beirats, die sich insbesondere mit den schwierigen Lohnbewegungen und Kämpfen beschäftigte. Nebner gibt eine kurze Übersicht über die in Folge der neu eingeschobenen Leuerungswelle eingeleiteten Lohnbewegungen und betont, daß der Hauptwert bei Forderungen auf eine Erhöhung der Grundlohn gerichtet werden muß. Die Einmischung überflüssiger Elemente in die Bewegungen muß zurückgewiesen werden. Die Bewegungen sind Sache der in Frage kommenden Gewerkschaftsorganisationen. Das muß auch gegenüber diversen Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betont werden, wird doch auch von dieser Seite in letzter Zeit versucht, sich in die Durchführung von Lohnbewegungen einzumischen. Stehen die wiederholten Beschlüsse des A.D.G.B. strikt entgegen. Die Vereinten Kommunistischen Gewerkschaftszentrale ist planmäßig dabei, einen Einfluß auf die Gewerkschaftskämpfe zu gewinnen. Diese Versuche müssen entgegengewirkt werden; die Bewegungen müssen einheitlich durch die dazu berufenen Organe durchgeführt werden und sie bedingen das Einsetzen aller Kräfte. Schnelles Handeln ist notwendig, denn die Leuerung bedroht die Arbeiter auf schwerste. Doch ein Erfolg ist nur möglich, wenn die Bewegungen in den Händen des Verbandes bleiben. Nebner gibt weiter ein Situationsbild über den augenblicklichen Stand der Kampf im Reich und macht dabei auch einige Mitteilungen über den Metallarbeiterstreik in Halle.

Lieberasch (Leipzig): Der Vorstand behandelt die Frage mit dem Gedanken, daß der Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer heutigen Weise bleibt und die Arbeiterschaft sich damit abfinden muß. (Widerpruch.) Die Tagesordnung für den Betriebsrätekreis der Metallarbeiter zeigt, daß man die Betriebsräte beim Wichtigsten, bei der Lohnfrage, nicht hören will. Die Durchführung der Bewegungen in dem vom Vorstand beabsichtigte Sinn führt nicht zum Erfolg. Die Leuerungswelle trifft alle Arbeiter und nur eine Gewerkschaftsbewegung kann helfen. Nebner beantragt zentrale Verhandlungen; führen diese in die Durchführung von Lohnbewegungen einzumischen. Die Vereinten Kommunistischen Gewerkschaftszentrale ist planmäßig dabei, einen Einfluß auf die Gewerkschaftskämpfe zu gewinnen. Diese Versuche müssen entgegengewirkt werden; die Bewegungen müssen einheitlich durch die dazu berufenen Organe durchgeführt werden und sie bedingen das Einsetzen aller Kräfte. Schnelles Handeln ist notwendig, denn die Leuerung bedroht die Arbeiter auf schwerste. Doch ein Erfolg ist nur möglich, wenn die Bewegungen in den Händen des Verbandes bleiben. Nebner gibt weiter ein Situationsbild über den augenblicklichen Stand der Kampf im Reich und macht dabei auch einige Mitteilungen über den Metallarbeiterstreik in Halle.

Lieberasch (Leipzig): Der Vorstand behandelt die Frage mit dem Gedanken, daß der Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer heutigen Weise bleibt und die Arbeiterschaft sich damit abfinden muß. (Widerpruch.) Die Tagesordnung für den Betriebsrätekreis der Metallarbeiter zeigt, daß man die Betriebsräte beim Wichtigsten, bei der Lohnfrage, nicht hören will. Die Durchführung der Bewegungen in dem vom Vorstand beabsichtigte Sinn führt nicht zum Erfolg. Die Leuerungswelle trifft alle Arbeiter und nur eine Gewerkschaftsbewegung kann helfen. Nebner beantragt zentrale Verhandlungen; führen diese in die Durchführung von Lohnbewegungen einzumischen. Die Vereinten Kommunistischen Gewerkschaftszentrale ist planmäßig dabei, einen Einfluß auf die Gewerkschaftskämpfe zu gewinnen. Diese Versuche müssen entgegengewirkt werden; die Bewegungen müssen einheitlich durch die dazu berufenen Organe durchgeführt werden und sie bedingen das Einsetzen aller Kräfte. Schnelles Handeln ist notwendig, denn die Leuerung bedroht die Arbeiter auf schwerste. Doch ein Erfolg ist nur möglich, wenn die Bewegungen in den Händen des Verbandes bleiben. Nebner gibt weiter ein Situationsbild über den augenblicklichen Stand der Kampf im Reich und macht dabei auch einige Mitteilungen über den Metallarbeiterstreik in Halle.

Gisela (Berlin): Zu den Ausführungen von Döbmann über die mangelfaule Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle möglichen Versuche angestellt worden sind, um das statistische Material zu bekommen. Die Fragebögen sind hauptsächlich aus ganz bestimmten Betrieben nicht beantwortet worden.

Gelle (Stettin): Bei den Ausführungen von Döbmann über die mangelfaule Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle möglichen Versuche angestellt worden sind, um das statistische Material zu bekommen. Die Fragebögen sind hauptsächlich aus ganz bestimmten Betrieben nicht beantwortet worden.

Gisela (Berlin): Zu den Ausführungen von Döbmann über die mangelfaule Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle möglichen Versuche angestellt worden sind, um das statistische Material zu bekommen. Die Fragebögen sind hauptsächlich aus ganz bestimmten Betrieben nicht beantwortet worden.

Gisela (Berlin): Zu den Ausführungen von Döbmann über die mangelfaule Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle möglichen Versuche angestellt worden sind, um das statistische Material zu bekommen. Die Fragebögen sind hauptsächlich aus ganz bestimmten Betrieben nicht beantwortet worden.

Gisela (Berlin): Zu den Ausführungen von Döbmann über die mangelfaule Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle möglichen Versuche angestellt worden sind, um das statistische Material zu bekommen. Die Fragebögen sind hauptsächlich aus ganz bestimmten Betrieben nicht beantwortet worden.

Gisela (Berlin): Zu den Ausführungen von Döbmann über die mangelfaule Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle möglichen Versuche angestellt worden sind, um das statistische Material zu bekommen. Die Fragebögen sind hauptsächlich aus ganz bestimmten Betrieben nicht beantwortet worden.

Gisela (Berlin): Zu den Ausführungen von Döbmann über die mangelfaule Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle möglichen Versuche angestellt worden sind, um das statistische Material zu bekommen. Die Fragebögen sind hauptsächlich aus ganz bestimmten Betrieben nicht beantwortet worden.

Gisela (Berlin): Zu den Ausführungen von Döbmann über die mangelfaule Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle

grächen, müssen wir ohne Rücksicht auf das kapitalistische Interesse die Arbeiter zum Kampf aufrufen. Die Arbeiter fragen nicht nach Stellplätzen und Karrierechancen, sondern fragen, was wir getan haben, um ihre Interessen zu vertreten. In weiteren Ausführungen polemisiert Redner gegen die Ausführungen von Landgraf über die Weltwirtschaft und gegen die Darlegungen von Schäfer über die Vorgänge in Halle. Die Auswüchse der Aktionärarbeit sind zu bekämpfen. Von Beifrag sind zwei Anträge eingereicht, die zentrale Verhandlungen und zentralen Kampf fordern.

V e r o m e r (Erfurt) schreibt Vorgänge im Bezirk Erfurt über die Beröhrung von Schülern der Laienkommunisten. Das kommunistische Organ veröffentlichte trotz entgegengesetztem Beschluss einen Angriffsplan der Laienkommunisten; durch diese Veröffentlichung wurde den Unternehmern die ganze Taktik dargelegt. Redner wendet sich ferner gegen die Demagogie der Noten Fahne, die davon schrieb, daß der Vorstand des D.M.W. der Bewegung in Thüringen „das Genick brechen wollte“. Dabei hat der Vorstand sämtliche Phasen des Kampfes aufgezeigt und auch volle Unterstützung zugesichert.

S ch u l e n b u r g (Karlsruhe): Die Ausfassung unserer Kollegen über die Soziallohn sind verschieden. Wenn keine Entlastungen zu befürchten sind, kann der Fazit nähergetragen werden. Doch vergessen darf nicht werden, daß dadurch Streitigkeiten entstehen können. Einem neuen Anklapsel müssen wir möglichst vermeiden. Durch zentrale Verhandlungen würde ein moralischer Effekt erzielt, aber es ist fraglich, ob bei der Einreichung der Wohn- und Städteklassen die vielen Sparten berücksichtigt werden könnten, die wir in der Metallindustrie haben. Verhandlungen in Verbindung mit dem A.D.G.B. sind viel zu langwierig. Ein Kommunist hat einmal behauptet: „Der Kapitalismus ist tot; wir sind die Totenräuber.“ Viederum hat heute eine ähnliche Zitat propagiert. Das Gegenteil ist wahr, der Kapitalismus ist nicht tot und wir müssen den Arbeitern zeigen, wie stark er ist.

B u s e (Wiesbaden): Der Soziallohn ist keine prinzipielle Frage, man wird je nach der Situation handeln müssen. Die Wirtschaftslage der Arbeiter kann es erfordern, daß wir vom Prinzip des Leistungslohnes abgehen und denen helfen, die am meisten unter der Steuerung leiden haben. Die Entlastungen von Verkehrsakten möglich sind, ist eine Frage des Einflusses der Gewerkschaften. Zentrale Verhandlungen halte ich für unabdingbar, sie wären nur eine Verschleppung. Der Antrag Leipzig gilt in einem Generalstreik aller Hand- und Bergarbeiter; er ist die Politik von Fabrikarbeitern. Ein verlorener Kampf wäre die Schachmatierung der gewerkschaftlichen Organisationen.

G a r b o (Kiel): Wie wir Lohnzonen am besten regeln, können wir heute nicht in allen Einzelheiten festlegen. Von unseren alten Grundsätzen dürfen wir nicht abgehen; Soziallohn sind nicht das Alttige. Ein Verkehrsakte kann besser daran sein als ein Rediger, der in einem Haushalt gründen will. Wir müssen auch an das Kleinhandwerk denken. Der Leipziger Antrag will den Beirat zu einem Entschluß zwingen, zu dem der Beirat kein Recht hat. Redner wendet sich darauf gegen Engels, der den Kollegen beweist die Schuld an der Einführung der Aktionärarbeit auf den Beiraten auszuholen. Auf den Beirat hofft Überproduktion, wir dürfen uns nicht einbilden, daß die deutsche Wirtschaft unter den heutigen Umständen so entwölft kann wie die gleiche Industrie in Amerika und Japan. Es wäre Demagogie, wenn wir das den Arbeitern nicht sagen würden.

D r. G i n s t e i n (Stuttgart): Die Ausführungen von Lieberach enthalten eine Reihe sozialer und prinzipieller Fehlüsse. Bei den Arbeitern herrschen heute noch Ansichten, die durch die Laienfachgruppen überholt sind. Nicht ein Konkurrenzverhältnis zwischen England und Deutschland beeinflußt die Verhältnisse, sondern ein solches steht jetzt zwischen England und Amerika. Daraus ergibt sich die realistische Stellung Deutschlands. Die Lage der Werften richtet sich auf der Lage der Wirtschaftswelt. Das bei uns gezeigte bestehende Wohlstand unserer Industrie verhindert nicht den Generalstreik der Markt. Das große Wirtschaftsproblem für Deutschland wird erst aufgerollt, wenn die Mark ein besseres Ansehen hat. Die Werften in Amerika und England sind nur zu einem Viertel bedeckt, die internationalen Verbindungen beginnen also erst. Wir müssen die imperialistischen Interessen berücksichtigen. Die kommenden großen Aufgaben liegen im Stillen Ozean, dieses Problem gegenüber spielt Deutschland eine geringe Rolle. Wir müssen einen internationalen Zusammenhang herstellen und versuchen, die Dinge international zu verstehen.

W o l f (Essen) spricht gegen zentrale Verhandlungen und Soziallohne.

L i e b e r a c h (Leipzig) bemerkt zur Richtigstellung, daß die Weltwirtschaft nicht in wenigen Worten behandelt werden kann, seine Einstellung also nicht ohne weiteres als falsch erklärt werden kann. Der Zusammenschluß der Wirtschaftsetat ist nicht aus der Welt zu schaffen.

D i c k m a n n (Stuttgart): Zentrale Verhandlungen haben nur ihren Wert, wenn schnell ein positives Ergebnis erzielt wird. Das ist nicht möglich. Außerdem wird der Gesamtverband der Metallindustrieklassen nicht zu einem Wettstreit befähigt.

H u n d t (Hannover): Der Gesamtverband der Metallindustrieklassen verhindert noch schwere Kämpfe heranzutragen. Wirbleiben dabei, der Lohn nach der Höhezahl ist kein sozialer Ausgleich, er ist roh und unvollkommen. Der Arbeitnehmer hat auch Verpflichtungen, muß auch einen Haushalt denken. Die Lohnsöhne bringen Meld., Streit und Misstrauß unter die Arbeiter. Über den A.D.G.B. können wir in der Lohnfrage nicht vorwärts; er kann nur über die Ortsausschüsse arbeiten. Der Weg ist zu umständlich, auch nicht zu beschleunigen, weil Lieberach hat kritisiert, daß der Reichsbetriebsratelongress der Metallarbeiter nicht zu den Lohnfragen Stellung nehmen soll. Die Erfordnung von Tarif- und Lohnzonen kann nicht Aufgabe des Kongresses sein.

Die Fragen behandeln die Betriebsräte mit in Rahmen der Gesamtorganisation, deren einzelnen Organen die Durchführung der Lohnregelungen im Rahmen des Statuts obliegt. Für Lieberach ist es gezeichnet, wenn er statistische Arbeiten wegwesend behandelt. Wir dürfen einwandfreier Statistiken zur Unterlage eines erfolgreichen Vorgehens. Bei der Behandlung sozialwirtschaftlicher Fragen ohne statistische Feststellungen auszukommen, ist unmöglich. Die Unterhaltung, wir seien nicht gewillt, das Kapital zu bekämpfen, wird vorstellbarer Kampf gegen das Unternehmertum. Und ist die Zeit gekommen, durch Erfüllung des Wirtschaftsprojektes die politische Macht zu erlangen, sind wir dabei. Doch dann heißt es auch, die gewonnene Machtposition des Proletariats aufzudauern und zu festigen. Dazu gehört die Umstellung der Wirtschaft im sozialistischen Sinne. Das ist sehr ernste Arbeit voraus und ein wichtiges Eindringen in die roten Wirtschaftsprobleme, denn mit leeren Redensäcken ist der Arbeitnehmer nicht zu helfen. Im gewerkschaftlichen Kampf lohnen wir die starke Formel nach der einen wie anderen Seite go. Unsere Laienfachgruppen nach den jeweiligen Wohlwendigkeiten einzustellen. Erfordern die Verhältnisse einer Kampf auf breiter Basis, werden wir auch entsprechend zu handeln wissen.

Die Diskussion über die Lohnbewegungen usw. ist damit erledigt. Die Anträge aus Leipzig, nach welchen im Hintergrund darauf, daß Kämpfe der Natur nicht zum Ziel führen, zentrale Verhandlungen geführt und die Vorbereitungen zu einem gemeinsamen Kampf getroffen werden sollen, werden erledigt durch die Zustimmung des Beirats zu der Laienfachgruppe des Vorstandes, die gegen 8 Stimmen erfolgt.

D i c k m a n n führt zum ersten Punkt der Tagesordnung: Willst du aufgeben? Ich führe aus, daß Vorstand und Ausschuß übereinstimmen eine planmäßige Förderung der Bildungsaufgaben anstreben. (Siehe dazu die Ausführungen auf Seite 190 des R.-G. Nr. 36.) In der Rothenfrage dürfen diese Bestrebungen nicht scheitern. Für die Leitung der Bildungsaufgaben ist Genoje Graf vorgesehen, der bisher Lehrer an der Bildungsschule der Sozialdemokratischen Partei nach dem Krieg Lehrer einer Volkshochschule in Gera war.

G r a f (Stuttgart) gibt einen Überblick über die zunächst in Ausschüssen uns auf das Wohlteile und das Wohlteile beschränken. Als Beispiel gilt, wie der Arbeitnehmer dem Wirtschaftsleben in gegenwärtig. Die Kollegen müssen ferner geschult werden in Sozialpolitik und Arbeitsrecht, Sozialhygiene, Entwicklung der Arbeitserziehung usw. Wir müssen den Höhern nachgehen, die von unserer Wirtschaft zur Weltwirtschaft hinziehen, die Arbeiter müssen die Zusammenhänge verstehen und die Weltwirtschaft und Weltwirtschaft.

lehre historisch betrachten. Unser Grundfehler ist, zu national zu denken. Wir verstehen nicht, daß die Bekämpfungsmethoden des Kapitalismus in anderen Ländern vielfach anders sind als bei uns. Die weiteren Ausführungen des Redners betreffen die Lohnfragen, die Verbannung des Aktionärs bei den Kurzten, die Unterrichtszeit, die Auswahl der geeigneten Personen usw.

G a r s (Hannover) hat die Ausfassung, daß wir zurzeit etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Hüttern gelöster Kost des Guten zuviel tun. Das schnelle Tempo des Vorstandes könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Absicht da mit verbündet ist und eine bestimmte Richtung gefordert werden soll. Bei Beurten, die unsere Mitglieder gelöst beeinflussen sollen, handelt es sich um wichtige Posten und der Beirat hätte vorher gehört vorher hören. Redner wünscht zentrale Zusammensetzung der Bildungsarbeiten.

M a t h i e s (Dona): Die seitliche Schulung der Betriebsräte war verehrt. Der Entschluß des Vorstandes ist zu begrüßen.

D i c k m a n n: Wir arbeiten keineswegs im Elsguttempo, im Gegenteil. Der Vorstand will keine bestimmte Richtung fördern, sondern grundlegende Bildungsarbeit ist zu leisten, in erster Linie gegenüber Fragen der Wirtschaft. Im Übrigen besteht ja bei allen Organen die Möglichkeit einer einwandfreien Nachprüfung. Unsere Vorschläge begleiten sich mit den langgehegten Wünschen der Kollegen. Diese Arbeit ist auch eine Notwendigkeit für unsres Angestellten. Auf organische Zusammensetzung legen wir, größten Wert. Es kann keine Stelle davon sein, daß einer der Kollegen auf eigene Faust operiert; der Gesamtvorstand wird die Sache in der Hand behalten.

B u s e (Wiesbaden): Aber die Notwendigkeit der Bildungsarbeit ist nicht zu reden. Ein großer Fehler von uns war früher, daß wir zu wenig Wert auf die Erziehung der Mitglieder an wirtschaftlichen Dingen legten. Redner begrüßt die Vorschläge des Vorstandes.

D r. G i n s t e i n (Stuttgart): Die Arbeitserziehung braucht wirtschaftliche Fachleute, darüber müssen wir uns klar sein. Alle müssen Welt-, Volks- und Betriebswirtschaft studieren, die Arbeitserziehung auch Kräfte heranzubilden, die die bürgerliche Nationalökonomie in einem anderen Fahrwasser dringen. Die Betriebsräte kämpfen auf verlorenem Posten, wenn sie die Zusammenhänge der Weltwirtschaft nicht kennen.

R e i c h e l (Stuttgart): Wir haben als Organisation nachzuholen und den Bildungsbestrebungen größere Aufmerksamkeit und Sorge zu verwenden. Die Gewerkschaften sind aus ihrem bisherigen Aufgabenkreis herausgewachsen, unsere Mitglieder müssen über die Zusammenhänge der Wirtschaft aufgeklärt werden, die Organisation muß sich Hand in Hand damit umformen und auf neue Aufgaben einstellen.

Die Bildungsbestrebungen werden auch Gefahren überdrücken. Das die Bestrebungen eine bestimmte Richtung fördern können, ist nicht möglich; Weltwirtschaft ist frei von Parteidoktrinen.

G e n n i n g (Werderburg): Bei uns wird nicht von Elsguttempo geredet, sondern es geht uns zu langsam, denn wir haben keine Möglichkeit, der Bildungsfrage die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Auch steht es an Gott und an tüchtigen Kräften. Wir begrüßen die in Aussicht genommenen Kurse mit Freuden, wenn diese Kurse den Kollegen Grundbegriffe der Volks- und Weltwirtschaft beibringen.

Die Diskussion über den Punkt ist erledigt. Der Vorstehende stellt fest, daß der Beirat den Maßnahmen des Vorstandes hinsichtlich der Bildungsbestrebungen einmächtig zustimmt. Der Beirat ist ferner damit einverstanden, daß die Hauptkasse die Kosten für 60 Teilnehmer an einem Kurs innerhalb der einzelnen Bezirke übernimmt und weitere dann die Lokalstellen die Kosten übernehmen müßten.

Der Beirat tritt in die Beratung der zum Verbandstag neiliegenden Anträge auf Erhöhung der Beiträge und Erhöhung der Unterstützungen ein, nachdem zuvor Vereinbarung festgestellt worden, daß eine Erweiterung der vorgesehenen Tagesordnung der Generalversammlung nicht zu empfehlen sei.

D i c k m a n n (Stuttgart): Der Vorstand schlägt eine Erhöhung der Beiträge um 1,- in Klasse I und 80,- in Klasse II vor. Entsprechend der Beitragserhöhung soll eine Erhöhung der Straf- und Gemahnsregelung und der Erwerbslosenunterstützung eintreten. Die Sätze sind mit den anderen Anträgen an die Generalsammlung in der M.-B. veröffentlicht worden.

K ö h l e r (Königsberg) und **F r a n k e** (Stettin) richten Mitgliederversammlungen und befürworten eine weitere Beitragserhöhung.

S c h l a f f e (Stuttgart) weist auf die Anträge hin, die eine besondere Beitragsklasse für Gehilfen fordern. Von den Zugeständnissen wird dies im Hintergrund auf die miserabel entlohten Gehilfen im Handwerk befürwortet.

S c h u l e n b u r g, **M ü l l e r**, **A l e x e t** und andere sind für die Erhöhung; einigen geht sie nicht weit genug. Bei der Geldentwertung und Teuerung sind die Unterstützungen ungünstig, ihre Erhöhung ist aber lediglich durch eine Beitragserhöhung möglich.

W e i t e r m a n n (Chemnitz): Im Prinzip stimmen wir der Beitragserhöhung zu, um den Kampffonds zu stärken. Ein Teil unserer Unterstützungsleistungen schwächt diesen Fonds; wir fordern daher einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Dieser muß Sache der Allgemeinheit sein; das gleiche gilt für die Sterbehilfsunterstützung. Das Kapital ist nicht mit finanziellen Mitteln zu besiegen, wir müssen die politische Macht erlangen, um die wirtschaftliche Macht zu erhalten. Es ist ein Irrsinn, die wirtschaftliche Macht zu erobern zu wollen.

B r a n d e s (Stuttgart): Die Beiträge müssen sich immer nach einem gewissen Durchschnitt richten und die Unterstützungsgröße ist vom Beitragsabstand abhängig. Den Lokalstellen bleibt es übernommen, höhere Vorausleistungen zu nehmen und Zugaben zu den Unterstützungen zu geben. Die Ausführungen von Weitermann über den Abbau von Unterstützungen sind zu bedauern; übrigens sind gerade die Orte mit dem politischen Einfluss Weitermanns die ersten gewesen, die höhere Vorausleistungen einfühlen.

E n g e l k e (Stettin) glaubt, daß die Einführung von höheren Beiträgen schwierig ist, weil die Kollegen überall im Kampf stehen. Staffelbeiträge sind nicht das Richtige. Einem Abbau von Unterstützungsleistungen kann er ausgült nicht zustimmen.

L i e b e r a c h (Leipzig) befürdet sein prinzipielles Einverständnis mit der Erhöhung der Beiträge, ist jedoch für Abbau der Erwerbslosenunterstützung; die Gebühren müssen zu Kampfzwecken dienen.

O t t i n g h a u s (Gießenberg) wundert sich, daß es Kollegen gibt, die gegen Erhöhung der Unterstützungen sind. Wir müssen uns auf den Boden der Tatsachen stellen. Lieberach sollte folge Ausführungen in Kenntnis nehmen, da könnte er etwas erleben. Die Waffen sind nicht, wie wir sie wünschen; wie müssen sie nehmen, wie sie sind.

L i e b e r a c h (Leipzig): Am Vogtländ, im Erzgebirge usw. sind ein Teil Kollegen seit zwei Jahren arbeitslos aber arbeiten verkehrt. Weitermann wird mit seinen Ausführungen in Chemnitz wenig Gegenliebe finden; in der gegenwärtigen Zeit sind auch die „paar Pfennige“ Erwerbslosenunterstützung nicht überflüssig.

G r a f (Solingen) wendet sich ebenfalls gegen Weitermann. Er würde mit seinen Anträgen in Solingen, wo 80 Prozent Autogarbeiter sind, „selbst blaues Blunder erleben“.

S c h ä f e r (Stuttgart) äußert sich über die Kassenverhältnisse und über das Anwohnen der Ausgaben. Das Vermögen hat sich zwar zahlenmäßig etwas gesteigert, aber der relative Wert ist gesunken. Es ist festgestellt, die Erhöhung der Kassen- und Arbeitslosenunterstützung bedeutet eine indirekte Belastung der Stuttgartischen Verbandsmitglieder. Ein Nachweis für diese Behauptung ist nicht erbracht. Wenn die Vorlage des Vorstandes zur Annahme gelangt, bedeutet dies erst eine Verdopplung; die Straf- und Mahregelungsunterstützung wird dagegen um das Sechsfache gesteigert. Die Geldentwertung muss auch für die Kassen- und Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt werden. Eine weitere Erhöhung der Beiträge ist nicht zweckmäßig.

Der Vorstehende stellt als Meinungsäußerung des erweiterten Sitzungsausschusses fest: 1. Die Einführung einer neuen Beitragsklasse ist gegen 3 Stimmen abgelehnt. 2. Die Anträge auf Erhöhung der Beiträge über den Antrag des Vorstandes hinaus werden gegen 13 Stimmen abgelehnt. 3. Der Abbau der Erwerbslosen- und Straf- und Mahregelungsunterstützung wird gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage des Vorstandes auf 1,- Erhöhung und dementsprechende Erhöhung der Unterstützungen wird mit 66 Stimmen angenommen. 12 enthalten sich der Zustimmung.

Zur Kommission zur Vorbereitung des Verbandsstatutes werden nach kurzer Diskussion gewählt: **W e i t e r m a n n** (Berlin), **F r e i s l a g** (Hagen), **S c h u l e n b u r g** (Karlsruhe) und **S p i e g e l** (Wiesbaden).

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: **E i s e n w i r t s c h a f t** übernahm, worin er u.a. die Entstehung des G.W.B. die bisherige Tätigkeit der Vorsteher des D.M.W. in denselben, den vorliegenden Abänderungsentwurf über den G.W.B. behandelt.

College **W e i t e r m a n n**, der vom D.M.W. als 2. Vorsitzender in den G.W.B. ernannt wurde, geht gleichfalls nicht auf den Aufgabenkreis und die Wirkungsmöglichkeiten im G.W.B. ein.

Die Diskussion, an der sich **W e i t e r m a n n** (Dortmund), **V i e b e** (Dresden), **S c h u l e n b u r g** (Hamburg), **H o f m a n n** (Stettin), **H u g g e r** (Düsseldorf) und **D r. G i n s t e i n** (Stuttgart) beteiligen, drehte sich neben verschiedenen Einzelstagen im besonderen um die Feststellung von Höchstpreisen, um die Bedeutung des G.W.B. wie der Eisen- und Betriebsforschung für die Weltwirtschaft u.a. Wie nach Schluß der Aussprache festgestellt wurde, herrsche Einmütigkeit darüber, daß an der Festsetzung von Höchstpreisen festgehalten werden muß. Von acht Kollegen, die politisch zur Kommunistischen Partei zählen, wurde in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß sie nach wie vor Gegner des G.W.B. sind.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung: **V e r z u s a l o n g e r** schreibt, daß die Vorsteherin mit dem Vorsitzenden zusammenarbeiten soll, um die Wirtschaftlichkeit der Bildungsarbeiten zu erhöhen. Zum Vorsitzenden wird die Sache in der Hand behalten.

B u s e (Wiesbaden): Aber die Notwendigkeit der Bildungsarbeit ist zu reden. Ein großer Fehler von uns war früher, daß wir zu wenig Wert auf die Erziehung der Mitglieder an wirtschaftlichen Dingen legten. Zum Vorsitzenden hat der Holzarbeiterverband auf seinem Verbandstag eine Konferenz, um die Wirtschaftlichkeit der Bildungsarbeiten zu erhöhen. Zum Vorsitzenden hat der Waggonfabrikarbeiter hat die Waggonfabrik auf seinem Verbandstag eine Konferenz, um die Differenzen zu beseitigen, die mit anderen Organisationen bestehen.

L o s t (Stuttgart): Die Streitfragen können nur zwischen den Vorständen der Verbände geregelt werden, eine Konferenz ist überflüssig und wäre der ungeeignete Ort zur Regelung der Streitfragen.

D i c k m a n n konstatiert, daß die oben angegebenen Konferenzen ohne Widerspruch beschlossen sind und schließt die Sitzung mit Denkschriften an alle Mitglieder des Beirats für ihre bisherige Arbeit. In Jena wird das Urteil gefällt werden über die Tätigkeit und über die Beschlüsse des erweiterten Beirats.

D i c k m a n n (Stuttgart): Die Streitfragen können nur zwischen den Vorständen der Verbände geregelt werden, eine Konferenz ist überflüssig und wäre der ungeeignete Ort zur Regelung der Streitfragen. Zum Vorsitzenden hat der Waggonfabrikarbeiter hat die Waggonfabrik auf seinem Verbandstag eine Konferenz, um die Differenzen zu beseitigen, die mit anderen Organisationen bestehen.

D i c k m a n n (Stuttgart): Die Streitfragen können nur zwischen den Vorständen der Verbände geregelt werden, eine Konferenz ist überflüssig und wäre der ungeeignete Ort zur Regelung der Streitfragen.

D i c k m a n n (Stuttgart): Die Streitfragen können nur zwischen den Vorständen der Verbände geregelt werden, eine Konferenz ist überflüssig und wäre der ungeeignete Ort zur Regelung der Streitfragen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 11. Sept. ist der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. September 1921 fällig.

für den Bezirk Hagen wird zum sofortigen Amttritt ein
Bezirkssekretär

gesucht, welcher mit den Einrichtungen unseres Verbandes völlig vertraut ist und eine mindestens fünfjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 20. September 1921 mit der Anschrift „Bewerbung Bezirkssekretär Hagen“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Abteistr. 16, einzusenden.

Den Verwaltungen und Funktionären zur Beachtung, daß in der Zeit vom 9. bis 18. September der Gesamtvorstand von Stuttgart ortsbewohnt ist. Dorthin sind alle Zuschriften an den Vorstand nach Stuttgart zu adressieren.

Bei äußerst dringenden Angelegenheiten ist der Vorstand in Zeno telefonisch unter Nr. 1430-1434 zu erreichen.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Abteistrasse 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind. Zuschriften in anderen Angelegenheiten sind mit der Anschrift „Persönlich“ zu versehen.

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frauenzeitung sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielsach geschieht, an die Expeditionen der Metallarbeiter-Zeitung.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	für die Mitglieder der			Beginn der Beitragserhöhung wöchentlich Pfennig
	I	II	III	
Gübz	60	50	40	38. Beitragswoche
Mönchengladbach	150	—	—	36.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Berichtigung.

Der Metallarbeiter Hermann Weber, geb. am 15. Februar 1888 in Horn, Mitgliedsbuch Nr. 90971, wurde auf Antrag einer Untersuchungskommission in Solingen in Nr. 33 der M.-Z. öffentlich gerügt und auf ein halbes Jahr von allen Versammlungen und Sitzungen der Organisation ausgeschlossen.

Nach Beschluss des Vorstandes wurde Weber nicht öffentlich gerügt, aber auf die Dauer eines Jahres von sämtlichen Versammlungen, Sitzungen und Funktionen im Verband ausgeschlossen.

Anfordnung zur Rechtsfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werben nach § 23 Abs. 3 des Statuts ausgedehnt, sich gegen erhebliche Verhinderungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gleisbau:

Der Arbeiter Friedrich Olschosska, geb. am 30. April 1904 zu Gleiwitz, Mitgliedsbuch Nr. 3,984,58, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Witten a. d. Ruhr:

Der former Wilhelm Heller, geb. am 12. Dezember 1870 zu Schindorf, Mitgliedsbuch Nr. 2,728,407, wegen Unterstellung von Beitragsmaterien und Eintrittsstatten.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Düsseldorf:

Der früher Johann Weingärtner, geb. am 1. November 1886 zu Wies-Oppenheim, Mitgliedsbuch Nr. 1,640,852, wegen Verstoß gegen die Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Trier:

Der Hilfsarbeiter Adam Hingen, geb. am 1. Februar 1888 zu Aachen, Mitgliedschaftsanweisung Nr. 928,354, wegen Unterstellung von Beitragsmaterien.

Für nicht wieder annehmbar geworden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:

Der Kesselfräsmied Paul Schäfer, geb. am 6. April 1888 zu Brandenburg a. H., Mitgliedsbuch Nr. 3,311,639, wegen unlöblichem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Freiberg:

Der Draufgänger Ludwig Böde, geb. am 20. Januar 1889 zu Heiligenstadt, Mitgliedsbuch Nr. 2,881,464, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Mit Kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

den Fleissmännern nach Würzburg (Dover, Bömer & Co.) 2.; nach Schwerin i. M. St.; nach Elberfeld (K. St.;

den Fleissmännern nach Bremen (Mannenhoff & Siegensand) 2.; nach Formers und Sicherheitsarbeiten nach Stettin i. Pommern (Geb. Ober) St.;

den Gold- und Silberarbeiten nach Düsseldorf (Vereinigte Silberschmiede) St.; nach dem großen Gebiet der Schweiz den Metallarbeiter aller Branchen nach Chemnitz (Metallarbeiter A.-G. vorz. J. Pöge) St.; nach Görlitz bei Löbau (Geb. Gelehrter, Maschinenfabrik) St.; nach Einsiedel h. Chemnitz (Geb. Ernst Börsig) St.; nach Cöln (Geb. Schäfer); nach Göttingen (G. Rohr, Metallverarbeitung) St.; nach Finnland; nach Landau i. Pfalz (Geb. Seidensticker Metallarbeiter und Rohrgießerei) St.; nach Leipziger (G. Rohr, Metallarbeiter und Rohrgießerei) St.; nach Niederlahnstein (Metallarbeiter Paul Hahn) St.; nach Saarbrücken St.; nach Stettin i. Pommern St.; nach Walderode (Böck & So. Metallarbeiter in Sachsen) St.; nach Böhmen bei Chemnitz (Metallarbeiter St. Joachimsthal) St.

2 = Schließung; 3 = Differenzierer; 4 = Stell. St. = Stell. in Sach.; St. = Stell. St. = Schließung; 5 = -; 6 = -; 7 = Auslösung.

Die Wiederaufnahme dieser Differenzen, wie zur Spaltung eines Dossiers eingangs solche führen sollen, soll an den Vorstand zu richten.

Widrigkeit und Verzögerung der Spaltung solches soll den Geschäftsführer und Beauftragungen entsprechend werden und entsprechend bestraft werden.

Metallarbeiter sind zu beachten, dass man die so-

genannte Zeit nicht in die Zeitung bringen darf, Verzögerung bei der

gesetzlichen Durchsetzung oder, was eine solche nicht bringt, kein

Kompromiss eingehen. Das Ergebnis ist von der Verhandlung, der best

Spaltung gezeigt anzugeben, zum Nachweis der Mitgliedschaft aufzunehmen.

Rundschau

Sterblichkeit und soziale Lage.

Welchen Einfluss die soziale Lage auf den tödlichen Ausgang der Erkrankungen hat, beweisen Untersuchungen in Wien, über die Rothenfelser in seinem Centralblatt für allgemeine Gesundheitspflege berichtet. Danach betrug die Sterblichkeit an Typhus in dem reichen Bezirk I nur 16,5 Prozent, dagegen in dem armen Bezirk V 24,6 Prozent. Zu dem gleichen Resultat kamen auch Untersuchungen, die in Berlin bezüglich der Lungentuberkulose ange stellt wurden. Es starben dort nämlich unter den Reichen nur zwei Drittel derer, die unter den Armen der Tuberkulose erlagen. Noch stärker trat dieser Gegensatz in einer Statistik hervor, die vor dem Kriege in Paris aufgestellt worden ist. Da betrug die Sterblichkeit an Tuberkulose unter den Armen die doppelte Zahl wie unter den Reichen. Diese Tatsachen zeigen zugleich, in welch günstiger Weise gute soziale Verhältnisse auf die Volksgesundheit und die Volksbildung einzuwirken vermögen. Aber statt dessen redet man darüber immer nur von „Nationalismus“ und das nationale Handeln ist Sache des Proletariats.

Rassenhygiene und Arbeit.

In der Deutschen medizinischen Zeitschrift bringt der Kreis- und Kommunalarzt des Kreises Mettmann, Dr. Neumann, eine Arbeit über die Tuberkulose. Er kommt darin zu dem Resultat, daß die Tuberkulose, wie bekannt, eine gewaltige Summe erfahren hat und daß an dieser Steigerung vor allem die Jahrestassen von 15 bis 20 und von 20 bis 30 Jahren beteiligt sind. Dann kommt der Verfasser weiter zu dem Ergebnis, daß diese Tatsache vom zassehnglemischen Standpunkt etwas Gutes habe. Das ist die antisocialistische Wissenschaft. Es ist gut, wenn so und so viele tausend proletarische Brüder und Schwestern sterben. Ob es nicht fülliger ist, diejenigen Wittenbergen, das Dasein zu verbessern, damit jämmerliche Lebensverhältnisse nicht in dieser Weise zum Ausdruck kommen können. Warum sterben in den späteren Jahren nicht mehr so viele Personen an Tuberkulose? Weil das Glück des Lebens nicht die stärksten übertrifft. Und da ist es füllige Pflicht, durch eine Umgestaltung der Verhältnisse auch den anderen ihr Leben zu erhalten. Nach dem Urteil des Herrn Neumann hätte auch Schiller zufrieden mit 20 Jahren seinen Tuberkulosetod sterben können, denn geistige, füllige, sittliche Werte spielen bei diesen herzlichen Massenmenschen, die sich Wissenschaftler nennen, anscheinend keine große Rolle. Sie meint wir den faulen Geist der bürgerlichen Kultur wie in diesem Falle wieder kennen lernen, um so klarer muss uns der proletarische Kampf werden, damit durch unseren Kampf einmal all das Hohe, das die Natur da in den Herzen und Hirnen werden ließ, zum Siege gelangt und nicht die Hölle aussticht des Herrn Neumann.

Die Rauharbeit.

Es ist festgestellt worden, daß sich die nicht tuberkulösen Krankheiten der Atmungsorgane unabhängig von den übrigen ansteckenden Krankheiten entwickeln, daß sie sogar steigend sind, während die Krankheitsziffer im übrigen absteigt. Von den Fachleuten wird als Ursache für diese Tatsache jetzt immer mehr der Raum erlangt, wie ihn die Industrie herauftut. Während in allen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern an vorübergehenden Erkrankungen der Atmungsorgane auf 100 000 252 Todesfälle kommen, hatten die Städte im rheinisch-westfälischen sowie im überschlächtlichen Industriegebiet weit höhere Zahlen, nämlich Duisburg 413, Mülheim a. Rh. 551, Essen 414, Dortmund 414, Gelsenkirchen 428, Herne 441, Hamm 446, Oberhausen 462, Bochum 317, Königshütte 414, Hindenburg 623 und Lippe 509 288. Damit sind die Industriearbeiter mehr beteiligt in ihrer Gefährlichkeit als die Arbeiter anderer Berufe.

Die Entwicklung der Konsumvereine.

Die Konsumvereine des Nordwestdeutschen Verbandes hatten im ersten Halbjahr 1921 einen Umsatz von 509 335 454 M. gegenüber 357 015 010 M. im ersten Halbjahr 1920. Die Mitgliederzahl ist auf 483 228 angewachsen. Die Gesamtgewinne erhöhten sich von 11 158 208 M. auf 22 055 121 M., die Sparenmengen von 85 453 601 M. auf 128 787 065 M.

Kartoffelversorgung durch die Konsumvereine.

Die rheinische Konsumentenammer berichtet, daß die Kartoffelversorgung sich vorzüglich so vollziehen wird, daß die Konsumvereine unter Ausschaltung beliebter Zwischenstellen mit den Erzeugern Lieferungsverträge in gehörigem Umfang zu angemessenen Preisen abschließen und die Bereitstellung an die Industrie- und Handelsplattenhersteller vermitteln. Der vorteilhafte Kartoffelhandel von Betriebsstätten usw. wird dadurch überflüssig.

Vom Husland

Konzentrationsbestrebungen der französischen Industrie.

Die französische Fachzeitschrift „L'Usine“ schreibt über die Konzentrationsbestrebungen u. a. folgendes: „Vor dem völligen Stillstand der Industrie und angefäßt der vorhandenen Überproduktion befindet sich einiger Industrie ein Zusammenschluß der Erzeuger sowohl auf dem inländischen als auf dem Auslandsmarkt, um einer verhängnisvollen Fortsetzung der rückläufigen Preisbewegung Einhalt zu gebieten. Später ist dies nicht nur in industriellen Kreisen, sondern auch seitens der Regierung Verhandlungen gepflogen zu dem Ende, die Kohlen- und Stahlproduzenten wieder zu einem Gang zusammenzuführen und diese Vereinigung, unter noch festzulegenden Bedingungen, auf die Härtelindustrie Belgien und Luxemburg anzugehen. Die weiterverarbeitende Industrie kann einem solchen Zusammenschluß nur ihre Zustimmung geben, unter der Voraussetzung natürlich, daß auch deren Interessen gewahrt werden. Denn die Unabhängigkeit der Rohstofflieferanten hat ihre Rückwirkung sowohl auf die Produktionsrate als auch auf die Kaufkraft der Kunden. Ein günstiger Ausgang dieser Verhandlungen wäre daher zu erwünschen und um so eher erreichbar, wenn jeder die eigenen Interessen nicht zu sehr in den Vordergrund stellt.“

Reichland.

Der Zusammenbruch der russischen Metallindustrie. Die bolschewistischen militärische Economistische Schule „Stolz“ (Nr. 605) berichtet über die allgemeine Lage der russischen Metallindustrie. Aus diesem Bericht ist zu erkennen, daß die Metallindustrie jetzt in bescheidenem Maße befriedigt. Sie geben kurz die Angaben der „Economistischen Schule“ wieder: „Im Süden stehen alle Betriebe der Eisenindustrie, unter den drei kombinierten Betrieben (Suzdal, Stolz und Strelitz) voll und auch die Betriebe arbeiten sehr unregelmäßig. So haben zum Beispiel die Hochöfen vom März bis zum Mai still gestanden. Ein Hinweis auf das Stahlprogramm, das für das Jahr 1921 angefäßt werden soll, immer weiter verzögert. Im Centralgebiet ist gleichfalls eine katastrophale Verschärfung der Arbeit der Betriebe der Eisenindustrie festzustellen. Ein Teil der Betriebe steht still, zum Beispiel die große Eisenbahnreparaturfabrik von Twer. In Peterburg steht eine Reihe von großen Betrieben still und auch in den jüngeren Fabriken, in denen gearbeitet wird, sind die Leistungen minimal. Das Eisenbergwerk der Untergründen über die Leistungen der russischen Eisenindustrie ist folgendes: Im Jahre 1920 wurden 6 100 000 Tsd. Eisenwaren gekauft, was nur 2,5 % der friedenstypischen Ausfuhr ausmacht. Die Ausfuhr für das Jahr 1921 wird sehr minimiert. Es ist anzunehmen, daß nicht mehr als zehn Millionen Tsd. Eisenwaren ausgetauscht werden, das heißt ein Drittel des ausgedachten Programms und nicht mehr als 4 v. H. der Friedens-

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wenden sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Heft 5 Jugendchriften „Proletarische Jugend“. Von Hans Höglund — In Form von Gesprächen ist hier das Notwendigste über die Grundsätze unserer Weltanschauung gefasst und es ist anzunehmen, daß es durch trocken geschriebene Abhandlungen durch diese an den Jugendkreis der Arbeiterjugend anknüpfender Gespräche die Arbeiterjugend für die sozialistische Bewegung gewonnen wird. Diese Broschüre (Einzelpreis 2,50 M.) ist durch Organisationen zu Vorzugspreisen direkt vom Verlag Freiheit, Berlin C. 2, Breitestr. 8 zu beziehen.

Jungsozialismus, Zeitschrift zur Bielefelder Jungsozialistengruppe. Herausgegeben vom Centralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68. Einzelnummer 2 M. — Die Schrift ist ein Beweis für die nach der Revolution erfolgte Erweiterung und Vertiefung des kulturellen Aufgabenkreises der Sozialdemokratischen Partei. Der Jungsozialismus, vor dem Kriege kaum spürbar, tritt mit dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterjugend deutlicher in die Erscheinung und hat auch hier Heimatrecht in der Partei gefunden. Die Jungsozialisten wollen nicht etwa in Gegenwart stellen zu den Alten, nichts liegt ihnen fern als eine solche Absicht; was sie wollen, ist, als Juvenil der Partei dienen und dabün zu wirken, daß die Partei aus einer bloßen politischen Organisation zu einer den ganzen Menschen umfassenden Kulturgemeinschaft geformt wird.

Mitteilung des Verlags!

Geschäftsführer und Bevollmächtigte der Verwaltungsstellen, welche diestellungen auf

Metallarbeiter-Notizkalender für 1922

noch nicht ausgegeben haben, werden ersucht, dies ungeläufig zu tun.

Die Verbandskollegen wollen diesen Hinweis beachten und Bestellungen sofort bei der Ortsverwaltung aufgeben, damit die Auflage des Kalenders rechtzeitig genug bemessen und dieser rechtzeitig zum Verland gebracht werden kann.

Stuttgart, 30. August 1921.

Alexander Schlicke & Co., Verlag des Metallarbeiter-Notizkalenders.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung.

Düsseldorf. Der Kollege Ernst Brügelbach, geb. am 27. Okt. 1870, Buch-Nr. 2,944,163, wird dringend gebeten, seine Adresse an seine Schwester Frau Brochhogen, Düsseldorf, Westfalenstraße, gelegentlich zu lassen zwecks wichtiger Mitteilungen von seiner Familie.

Angestellte gesucht.

Abteil. i. Westf. Erster Bevollmächtigter und Geschäftsf